

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1339
Grenzstr. 20.

Nr. 177.

Donnerstag, 31. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 22 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage einzuziehen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Genua in London.

Von einem Londoner Berichterstatter.

Die Zeitungsbekanntmachungen, die nach London gefahren sind, um über den Gang der Konferenz zu berichten, haben eine überaus schwierige Aufgabe, denn über die tatsächlichen Dinge, die man jetzt seit zwei Wochen hinter verschlossenen Türen berät, bekommt niemand wirklich etwas zu erfahren. Die spärlichen Kommunikationen gleichen einem Verzierbild, das man von oben nach unten, von unten nach oben, von rechts nach links und von links nach rechts drehen muß, um hinter die Geheimnisse der hohen Konferenz zu kommen. Man darf heute nicht mehr erwarten, wenn die Londoner Konferenz eines schönen Tages mit einem sehr dürftigen Ergebnis abgeschlossen wird, denn es ist so gut wie sicher, daß in London etwas herauskommt, und wenn es noch so wenig ist. Die englischen Zeitungen hatten vor der Eröffnung der Konferenz an die großen Ziele der Tagung in Genua erinnert, und wirklich zeigt sich auch, daß man in London ein zweites Genua erleben wird. Wo irgendeine Streitfrage zwischen den einzelnen Konferenzmächten besteht, so wird sie bestimmt heran geholt, um die soeben gefundene Einigung wieder rückgängig zu machen. Alle Gegenstände, die es unter den Alliierten gibt, werden zur Sprache gebracht, selbst wenn sie mit dem Sachverständigen-Gutachten nicht mehr Zusammenhang haben als die Weltausstellung in London mit dem Berliner Lunapark.

Macdonald, der die Konferenz einberufen hat, schrieb vor wenigen Monaten unter seinem Regierungs-Programm das Motto: „Der Frieden Europas soll gesichert werden.“ Dieselbe Devise hatte Lloyd George auf die Fahne der Konferenz von Genua geschrieben, aber es scheint, daß das schöne Wort vom Frieden nur der Reklame für die üppig in Blüte stehende Wirtschaft dient, die in London den Geist der Verhandlungen beherrscht. Ueber diejenigen Fragen, die die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens angehen, ist bisher sehr wenig behandelt worden. Vielleicht ist es in Deutschland zu der Zeit, wo dieser Brief ansetzt, nicht einmal bekannt, daß die Probleme wie die wirtschaftliche und militärische Räumung der Ruhr, die Durchführung der einzelnen Organisationen des Gutachtens sowie die praktische Verwirklichung der für Deutschland in Aussicht genommenen vierzig Millionen Pfund-Anleihe noch nicht über das dürftigste Anfangsstadium der Erörterungen hinaus gekommen sind. Die Ausschüsse, die täglich ihre Beratungen abhalten, haben ihre praktischen Arbeiten außerordentlich vernachlässigt, weil sie infolge der Meinungsverschiedenheiten unter den Hauptdelegierten keine Fortschritte erzielen können. Man wird es erleben, daß die Streitigkeiten noch eine ganze Woche lang andauern und inzwischen im Schnellzugtempo die Bedingungen der Durchführung des Gutachtens erst noch aufgestellt werden müssen.

Gegenwärtig steht London im Zeichen der bevorstehenden Ankunft der Deutschen. Je näher der Tag heranrückt, um dem die deutsche Delegation eintreffen soll, um so notwendiger wird die Stimmung der Konferenzmächte und umso größer werden die Schwierigkeiten. Herriot hat sich vergeblich dagegen gewehrt, daß mit Deutschland über das Problem der militärischen Räumung verhandelt wird. Er beruft sich darauf, er habe schon bei seinem Regierungsantritt sein Programm entwickelt, das er im Geiste einer ausgeprochenen Veröhnungspolitik durchführen wolle. Er könne sich aber nicht abdingen lassen, was er freiwillig gern zugestehen würde und niemals unfreiwillig übergeben wolle. Die Engländer, die Amerikaner und die Italiener zeigen für die etwas phantastische Art Herriotics sehr wenig Verständnis. Sie stellen ihre nächsten Formeln der französischen Theorie gegenüber, die sich auf die angeblichen „Rechte Frankreichs“ stützt, und die nicht einen gewissen komischen Beigeschmack enthält, indem sie eine Mischung zwischen dem „Idealismus“ Herriotics und dem Materialismus des Comités des Forges darstellt. Der Engländer ist ein nüchterner Kaufmann, und er ist deswegen berichtigt, weil er seine Geschäftsinteressen über alles andere stellt. Dem Franzosen gebührt jedoch der Ruhm, daß er ein feiner Geschäftler, wenn auch nicht ein nüchterner Kaufmann ist. Hinter der politisch und diplomatisch fein ausgelegelten Fassade Herriotics steht eine sehr ausführliche geschäftsmäßige Rechnung der französischen Wirtschaftskreise, über die man auf der Konferenz verhandeln muß. Die Verbindung der militärischen Räumungsfrage mit dem Problem eines deutsch-französischen Handelsvertrages, das zwischen die deutlich erkennbare Anforderung an England zum Erlass der französischen Schulden, das alles sind riesige schlaue Geschäftsmanöver der Franzosen, die mit verteiltem Glanz in das Verhandlungsprogramm eingeschmuggelt worden sind.

Die Amerikaner und Engländer sagen, Herriot spiele in London dieselbe Rolle wie Tschitscherin in Genua, er setze sich einer ziemlich schroffen Linie der anderen gegenüber, aber er wisse es geschickt, in unauffälliger Weise mit seinen Partnern die kompliziertesten Fragen zu erörtern. Heute würde man sich in London nicht wundern, wenn unmittelbar nach der Ankunft der Deutschen irgendwo in der englischen Hauptstadt in einem verhöhligen Winkel ein deutsch-französischer Handelsvertrag abgeschlossen würde, der ein prachtvolles Gegenstück zu dem deutsch-russischen Vertrag in Rapallo darstellte. Ob sich Herriot die russische Diplomatie zum Vorbild genommen hat, ob er den Vorzug bezieht, der Tschitscherin Frankreichs zu werden? Niemand kann heute diese Fragen beantworten, aber man muß beobachten, daß die Engländer Herriot jetzt nicht mehr als den Weltfremden Idealisten bezeichnen, sondern als einen längenden Diplomaten, der seine Sache versteht und der nicht sehr leicht herumzutreiben ist.

Die französischen Ruhrpläne.

Paris. Wie Petit Parisien mitteilt, soll es in der Frage der militärischen Räumung der Ruhr, über die gestern die Debatte zwischen den alliierten Ministerpräsidenten fortgesetzt wurde, zu einer prinzipiellen Verständigung dahin gekommen sein, daß Macdonald anerkannt habe, daß die Regelung der Modalitäten der Räumung ausschließlich Sache der Regierungen von Frankreich und Belgien sei. Macdonald soll im Laufe der Verhandlungen den Wunsch ausgesprochen haben, daß die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des Dawes-Planes beendet sein soll. Dagegen hatten, wie der Matin mitteilt, die französischen Militärs dafür eine Frist von zwei Jahren verlangt, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß bis dahin die Durchführung des Sachverständigenprogramms „auf keinerlei Hindernisse von deutscher Seite gestoßen sei“. Die Bemühungen der französischen Militärs scheinen also darauf ausgehen, von England die Zustimmung zu erhalten, daß dieses die Aöliner Zone nicht vor der definitiven Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen von der Ruhr räume. Nach dem Matin soll Herriot erklärt haben, daß er in dieser Frage der öffentlichen Meinung Frankreichs Rechnung tragen müsse, für die die Befreiung der Ruhr eine Art Symbol sei, und daß die Haltung Deutschlands aus Ansehung gewisser Maßnahmen zwingt.

Auch England macht Schwierigkeiten.

Berlin, 31. Juli. Wie soeben aus London gemeldet wird, will die englische Regierung mit Deutschland in Verhandlungen darüber eintreten, daß die am 10. Januar 1925 ablaufende Frist der englischen Befreiung der Aöliner Zone auf kurze Zeit verlängert werden soll. In den Berliner Regierungskreisen hat diese Nachricht große Beunruhigung hervorgerufen. Durch die englische Forderung würde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Deutschland besteht auf der Innehaltung der im Versailler Vertrag vorgesehenen Fristen und kann sich nicht darauf einlassen, daß diese Fristen abgedrückt werden. Mit demselben Recht könnten auch Frankreich und Belgien fordern, daß die Befreiung der Rheinlande verlängert wird. Es ist daher kaum anzunehmen, daß sich die Reichsregierung auf derartige Verhandlungen mit England einlassen wird.

Die Kriegsschuld.

Zdwoiski über Frankreichs Kriegsbereitschaft im Juli 1914.

Berlin. In der „Deutschen Rundschau“ wird die Veröffentlichung der Dokumente aus den russischen Archiven fortgesetzt, die den letzten Zweifel darüber beseitigen müssen, daß Frankreich und Rußland den Krieg gewollt, während ihn Deutschland vergebens zu verhindern suchte. Die Dokumente beweisen, daß alle Versuche des Herrn von Schön, Frankreich in veranlassen, während auf Petersburg einzuwirken, entschieden abgelehnt wurden. In einer Depesche Zdwoiskis an Sazanow vom 30. Juli 1914 heißt es:

Ich hatte nach Ankunft des Präsidenten der Republik mit ihm eine Unterredung, der auch der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes beiwohnten. Man gab mir von neuem absolut verbindliche Zusicherungen. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir jetzt vorwärtsgehen, wir weder von Frankreich und sicher auch nicht von England im Stiche gelassen werden. Die ganze öffentliche Meinung hier ist für den Krieg gewonnen. Aus politischen Gründen und namentlich um England und vielleicht auch Italien den sofortigen Eintritt in den Krieg zu erleichtern, ist es sehr wichtig, daß die Kriegserklärung von Deutschland ausgeht. Wir haben alle Einzelheiten zu diesem Zwecke besprochen. Der Generalstabchef teilt mit, daß die ganze Armee sich in einer bestesverfassung der allergrößten Erregung befindet. Die Kommandostellen sind der Ansicht, daß zu keiner Zeit alle Vorbereitungen zum Erfolg so günstig gewesen oder jemals in dieser Zusammenstellung sich wieder darbieten könnten. Ich halte, heißt es weiter, die Frage, wie sich im Kriegsfalle Frankreich verhalten würde, der in seiner Zeitung die Absichten der Regierung dämpft. Er habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Arbeiter und spiele mit dem Gedanken des Generalstabs. Der Kriegsminister erwiderte ruhig, aber bestimmt: Dafür ist gesorgt, gab hierzu keine Erklärung, und nach einem Augenblick peinlicher Stille teilte er mit, daß der Gründer und Chef des Antimilitarismus Gustav Hervé ihm durch Briand die Zustimmung gegeben habe, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Wahlen zugunsten des gefährdeten Vaterlandes aufwenden würde, um diese für den Krieg zu begünstigen. Baron Schön hat von neuem einen Versuch gemacht, die französische Regierung zu veranlassen, in Petersburg einen mächtigen Druck anzuwenden, um den Frieden zu retten, und derselbe Versuch wurde auch in London unternommen. Man habe ihm geantwortet, daß es an Deutschland sei, diesen Druck, und zwar auf Oesterreich, auszuüben, das durch seine extremen Forderungen den Weltkrieg verursacht. Alles das ist meiner Ansicht nach nur ein Vorwand beider Mächte, um die Krise hinauszuschieben.

Die militärische Räumungsfrage.

Berlin, 31. Juli. Das Interesse der Berliner außenpolitischen Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, die in einer gelebten Besprechung zwischen Deutschland und den Alliierten außerhalb des Rahmens der Konferenz erörtert werden soll. Die französische Regierung läßt durch einen leitenden französisch-belgischen Räumungsplan an, der die Bedingungen enthält, die für die einzelnen Stappen der Rückgängigmachung der Befreiung maßgebend sein sollen. Es scheint, daß dabei die Frage der finanziellen Verwertung der deutschen Industrie und Eisenbahnobligationen eine große Rolle spielt, da Frankreich auf Grund seiner schwierigen Finanzlage auf die rasche Klüfflung der deutschen Schuldverpflichtungen angewiesen ist. Von englischer Seite wird dagegen angefragt, daß die militärische Räumung im Zeitraum von sechs Monaten durchgeführt werden soll. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, vertritt die Reichsregierung den Standpunkt, daß die Befreiung eines bestimmten Termins der militärischen Räumung des Ruhrgebietes unerlässlich ist und nach wie vor die Notwendigkeit besteht, daß die Frage der militärischen Räumung in einem besonderen Abkommen niedergelegt wird.

Freitag Abreise nach London!

Berlin, 31. Juli. In den Kreisen des Auswärtigen Amtes verlautet heute, daß die Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz nunmehr am Donnerstagabend ergehen soll, sodas die deutsche Delegation schon am Freitag die Abreise nach London antreten werde. Die deutschen Dispositionen würden in diesem Falle keine Änderung erfahren, aber es erscheint immerhin sehr wahrscheinlich, daß Reichskanzler Dr. Marx sehr bald London wieder verlassen wird, da nach übereinstimmender Auffassung des Reichskabinetts gegenwärtig keine Abwesenheit von Berlin sehr störend empfunden werden muß. Was die Londoner Meldungen anbetrifft, wonach die Verhandlungen mit Deutschland auf zwei Tage beschränkt werden sollen, so ist man in Berlin der Meinung, daß sich die deutsche Delegation unter keinen Umständen eine Beschränkung ihrer Verhandlungsfreie zumuten lassen würde.

Die neue deutsche Währung.

Wenn als Resultat der Londoner Konferenz das Sachverständigen-Gutachten und die zu seiner Ausführung bestimmten Gesetze in Kraft treten, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis Deutschland wieder, wie vor dem Kriege, eine Goldwährung erhält. In der Hauptsache sind die Entwürfe des neuen Bankgesetzes und Münzgesetzes bereits fertiggestellt, so daß, da sich kaum noch einschneidende Änderungen als nötig erweisen würden, mit einer baldigen Rückkehr zu den Währungsverhältnissen der Vorkriegszeit gerechnet werden darf. Rüstig wird es danach vier Arten von Münzen geben: Goldmünzen, Silbermünzen, Kupfermünzen und Reichsbanknoten. Die Rentenbanknoten werden daneben für eine kurze Ubergangszeit noch in Kraft bleiben. Während die Goldmünzen und Reichsbanknoten gesetzliche Zahlungsmittel werden, gelten die Kupfermünzen, die in den Pfennigstücken zu 1, 2, 5, 10 und 50 Pfennigen ausgegeben werden, als Scheidemünzen. Die alten Goldmünzen treten den neuen Goldstücken als gleichberechtigte gesetzliche Zahlungsmittel zur Seite und werden wohl vorläufig ziemlich allein das Feld beherrschen, da neue Goldmünzen kaum sobald geprägt werden dürfen. Deshalb wird es auch einweilen keine Einlösungspflicht für Banknoten geben. Die kleinste Banknote wird der Zehnmarkschein sein, während vor dem Kriege die Banknoten mit 20 Mark angingen. Die Gold- und Devisenbedeckung der Banknoten wird auf 40 Prozent erhöht. Das Silbergeld beherrscht die Werte von einer Mark bis fünf Mark und wird in großer Anzahl alsbald geprägt und ausgegeben. Da die Regierung um die Hälfte schlechter bleibt als früher und die Münzen nach ihrem Feingehalt nur etwa ein Viertel ihres Nennbetrages wert sind, wird das Reich hieraus ziemlich beträchtliche Gewinne ziehen können.

Deutschland würde, wenn es wirklich zur Ausführung dieser Pläne kommt das zweite europäische Land sein, welches nach dem beispiellosen Niedergang der Nachkriegsjahre wieder zur Goldwährung zurückkehrt. Bisher konnte lediglich Schweden diesen Schritt wagen. Natürlich wäre es sehr verkehrt, deshalb nun einen vorläufigen Optimismus in Bezug auf die künftige Sanierung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft an den Tag zu legen. Was mit der Goldwährung erreicht ist, wird es die allererste Voraussetzung sein für den Wiederaufbau unseres Staatshaushaltes. Die Lasten, die uns die Ausführung des Dawes-Gutachtens auferlegt, sind so schwer, daß es der größten Anstrengungen der Wirtschaft bedürfen wird, um nicht darunter zusammenzubrechen und die Weiterführung der Produktion zu ermöglichen. Dennoch gibt es keinen anderen Weg, um überhaupt wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, und die vorliegende Lösung bedeutet immer noch das kleinere Übel gegenüber einem neuen Abstieg in Währungsverwirrung, Inflation und Substanzerminderung.